



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

Brüssel, den 2. April 2004

## **PLENARTAGUNG**

**31. MÄRZ/1. APRIL 2004**

# **ÜBERSICHT ÜBER DIE VERABSCHIEDETEN STELLUNGNAHMEN**

**Der Volltext aller EWSA-Stellungnahmen ist in den 11 Amtssprachen auf  
der Website des Ausschusses unter folgender Adresse abzurufen:**

**<http://www.esc.eu.int>**

**(Rubrik "Documents" auf der englischen und französischen Startseite)**

## 1. **BESSERE RECHTSETZUNG (VEREINFACHUNG DES ACQUIS COMMUNAUTAIRE)**

### · *Vereinfachung V*

– **Berichterstatter:** Herr RETUREAU (Arbeitgeber – FR)

– **Referenz:** KOM(2003) 71 endg. – CESE 500/2004

– **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt die Initiative und den Aktionsrahmen zur Vereinfachung des Acquis communautaire und wünscht, dass er rasch auf die verschiedenen Bereiche des Acquis Anwendung findet, um dessen wirksame Anwendung sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Beitrittsstaaten zu erleichtern und zu fördern.

Der Ausschuss möchte durch seine beratenden Stellungnahmen effizienter an der Ausarbeitung des Gemeinschaftsrechts mitwirken, was seine Einbindung in einem wesentlich früheren Stadium voraussetzt, als dies derzeit im Allgemeinen der Fall ist; er möchte auch an den Folgenabschätzungen und Kontrollanalysen sowie an den Bemühungen um Vereinfachung aktiv mitarbeiten, um zu einer besseren Kenntnis und Wirksamkeit des Gemeinschaftsrechts in einem erweiterten Europa beizutragen. Diese Forderungen leiten sich selbstverständlich aus den Grundsätzen der Demokratie und des verantwortungsvollen Regierens sowie einer größeren Bürgernähe zu den Institutionen und der Rechtsetzung der Gemeinschaft ab.

Schließlich begrüßt der Ausschuss die am 16. Dezember 2003 vom Parlament, dem Rat und der Kommission angenommene interinstitutionelle Vereinbarung "Bessere Rechtsetzung", in der die Bedingungen für eine sinnvollere Vereinfachung des Regelwerks der Gemeinschaft festgelegt werden. Sie umfasst insbesondere eine Definition von Selbst- und Koregulierung sowie einen Rahmen für deren Anwendung durch wirtschaftliche und soziale Akteure, die auch zu einer solchen Anwendung ermutigt werden.

– **Ansprechpartner:** *Herr Jakob Andersen*

(Tel.: +32 2 546 92 58 – E-Mail: [jakob.andersen@esc.eu.int](mailto:jakob.andersen@esc.eu.int))

## 2. STEUERN UND FINANZDIENSTLEISTUNGEN

### · *MwSt-Strategie*

– **Berichterstatter:** Herr PEZZINI (Arbeitgeber – IT)

– **Referenz:** KOM(2003) 614 endg. – CESE 518/2004

### – **Kernpunkte:**

Der Ausschuss bekräftigt seinen Standpunkt, dass die zahlreichen und gravierenden Schwachstellen der derzeitigen Regelung nur durch die Einführung eines neuen endgültigen Systems zu beseitigen sind.

Angesichts der Tatsache, dass ein endgültiges gemeinsames MwSt-System derzeit wenig Aussicht auf Erfolg hat, dass aber gleichwohl eine Modernisierung der Übergangsregelung erforderlich ist, müssen die zentralen Aspekte der Verbesserung die Vereinfachung und Aktualisierung der geltenden Bestimmungen, ihre einheitlichere Anwendung und eine engere Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten sein.

Der EWSA begrüßt und unterstützt die Anstrengungen der Kommission zur Einführung des Systems einer "einzigsten Anlaufstelle". Dank dieses Systems können die Unternehmen, die in mehreren Mitgliedstaaten registriert sind, ihren MwSt-Pflichten auf EU-Ebene in dem Land nachkommen, in dem sie niedergelassen sind.

In diesem Sinne begrüßt der EWSA die bereits von der Kommission ergriffenen und die übrigen derzeit zur Prüfung vorliegenden Initiativen zur Umsetzung der im Jahr 2000 verabschiedeten Strategie.

– **Ansprechpartner:** *Herr Pawel Olechnowicz*

(Tel.: +32 2 546 99 72 – E-Mail: [pawel.olechnowicz@esc.eu.int](mailto:pawel.olechnowicz@esc.eu.int))

### · *Verwaltungszusammenarbeit/Verbrauchssteuern*

– **Berichterstatter:** Herr PEZZINI (Arbeitgeber – IT)

– **Referenz:** KOM(2003) 797 endg. – 2003/0309 (COD) 2003/0310 (COD) – CESE 519/2004

– **Kernpunkte:**

Der EWSA begrüßt die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Regeln für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und hält es wie sie für notwendig, das System für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu aktualisieren und auszubauen, um die Praxis der Verbrauchsteuerhinterziehung zu bekämpfen.

Der ersuchten Behörde wird jedoch nicht nur bei der Reaktion auf das Auskunftersuchen, sondern auch bei der Durchführung der gleichzeitigen Prüfungen immer noch ein zu großer Ermessensspielraum eingeräumt.

– **Ansprechpartner:** Herr Pawel Olechnowicz

(Tel.: +32 2 546 99 72 – E-Mail: [pawel.olechnowicz@esc.eu.int](mailto:pawel.olechnowicz@esc.eu.int))

· ***Gemeinsame Steuerregelung/ Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren***

– **Berichterstatter:** Herr BURANI (Arbeitgeber – IT)

– **Referenz:** KOM(2003) 841 endg. – 2003/0331 (CNS) – CESE 530/2004

– **Kernpunkte:**

Der EWSA billigt uneingeschränkt die Ziele des Richtlinienvorschlags, der sich in das Gesamtkonzept einer schrittweisen Feinabstimmung der Steuervorschriften einfügt, durch die sowohl Steuerumgehung als auch Doppelbesteuerung verhindert werden soll und die indirekt zu einer künftigen Harmonisierung der Steuersysteme und zum Abbau der heutzutage nur allzu offensichtlichen Wettbewerbsverzerrungen beitragen dürfte.

– **Ansprechpartner:** Frau Borbála Szij

(Tel.: +32 2 546 92 54 – E-Mail: [borbala.szij@esc.eu.int](mailto:borbala.szij@esc.eu.int))

· ***Steuerermäßigungen und -befreiungen auf Energieerzeugnisse***

– **Berichterstatter:** Herr ALLEN (Verschiedene Interessen – IE)

– **Referenz:** KOM(2004) 42 endg. – 2004/0016 (CNS) – CESE 527/2004

– KOM(2004) 185 endg. – 2004/0067 (CNS)

– **Kernpunkte:**

Wenn die Richtlinie für Energiebesteuerung nicht geändert wird, müssen die beitretenden Staaten ihre Bestimmungen ab dem 1. Mai 2004 anwenden. Die Auswirkungen dieser Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom auf ihre Volkswirtschaften könnte zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen führen, da ihre gegenwärtigen Steuersätze auf Energieerzeugnisse wesentlich niedriger sind. Der hierdurch verursachte Kostenanstieg könnte ihre KMU erheblich beeinträchtigen und der Wirtschaft und den Verbrauchern eine schwere Last aufbürden. Insbesondere ärmere Haushalte wären stark betroffen. Aus diesem Grund haben sie vorübergehende Ermäßigungen und Befreiungen für Steuern auf Energieerzeugnisse und elektrischen Strom, die sie erheben müssen, beantragt.

Da den jetzigen EU-Mitgliedstaaten vorübergehende Ausnahmeregelungen gewährt wurden, ist es sowohl grundsätzlich als auch im Hinblick auf diesen Präzedenzfall nur recht und billig, auch den beitretenden Staaten vorübergehende Ausnahmeregelungen, in begründeten Fällen auch über einen etwas längeren Zeitraum, zu gewähren.

Wenn diese Richtlinie vor dem 1. Mai angenommen wird, wird dies den beitretenden Staaten ein wichtiges politisches Signal für das umfassende Engagement der Europäischen Union für ihre Entwicklung geben. Der EWSA empfiehlt die Annahme dieser Richtlinie.

- **Ansprechpartner:** *Frau Borbála Szij*  
(Tel.: +32 2 546 92 54 – E-Mail: [borbala.szij@esc.eu.int](mailto:borbala.szij@esc.eu.int))

- ***Ausschüsse im Finanzdienstleistungsbereich***

- **Berichterstatte**in: Frau FUSCO (Verschiedene Interessen – IT)

- **Referenz:** KOM(2003) 659 endg. – 2003/0263 (COD) – CESE 504/2004

- **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss bewertet den Richtlinienvorschlag in seiner Stellungnahme sehr positiv und führt eine Reihe besonderer Bemerkungen an.

- **Ansprechpartner:** *Herr Nemesio Martinez*  
(Tel.: +32 2 546 95 01 – E-Mail: [nemesio.martinez@esc.eu.int](mailto:nemesio.martinez@esc.eu.int))

### 3. **FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG**

· ***Europäische Raumfahrtpolitik (Weißbuch)***

– **Berichterstatter:** Herr BUFFETAUT (Arbeitgeber – FR)

– **Referenz:** KOM(2003) 673 endg. – CESE 501/2004

– **Kernpunkte:**

Nach Auffassung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ist das Weißbuch ein fundiertes Dokument, welches das große Verdienst hat, einen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, der deutlich und kompakt formuliert ist.

Er bedauert jedoch die große Schwäche des Kapitels über den "digitalen Graben" und die Breitbandtechnologien.

Er hebt erneut die große strategische Bedeutung der Raumfahrtaktivitäten für die EU hervor. Er fordert, dass der politische Ansatz der EU, vor allem im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, von einer realistischen, nicht naiven Sicht geprägt ist, um so mehr, als die für die Raumfahrt erforderlichen Technologien dualen (zivilen und militärischen) Charakter haben.

Er betont, dass der Raumfahrtsektor, der umstrukturiert worden ist und die erforderlichen Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit unternommen hat, um der internationalen Konkurrenz zu trotzen, unmittelbar 30.000 Personen beschäftigt, die im Allgemeinen hochqualifiziert sind; dieses Beschäftigungspotenzial muss erhalten und ausgebaut werden.

– ***Ansprechpartner:*** Herr Nemesio Martinez

(Tel.: +32 2 546 95 01 – E-Mail: [nemesio.martinez@esc.eu.int](mailto:nemesio.martinez@esc.eu.int))

· ***Kohärenter Rahmen/Luft- und Raumfahrt***

– **Berichterstatter:** Herr BUFFETAUT (Arbeitgeber – FR)

– **Referenz:** KOM(2003) 600 endg. – CESE 502/2004

– **Kernpunkte:**

Die Kommissionsmitteilung zum STAR-21-Bericht macht zu Recht auf die Schwächen der militärischen Raumfahrt in Europa aufmerksam. Der EWSA ist jedoch der Ansicht, dass die

Kommission dabei dem institutionellen Aspekt der Problematik eindeutig zu viel Bedeutung beimisst und es vielmehr darauf ankommt, dass sich in Europa ein echter politischer Wille zu eigenständigem gemeinschaftlichem Handeln im Verteidigungsbereich einstellt. Nur so kann eine solide Basis für die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie geschaffen werden.

Er weist darauf hin, dass die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie Millionen europäischen Bürgern Brot und Arbeit gibt und hochqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt, die die modernsten Spitzentechnologien beherrschen, und dass die Mitgliedstaaten echte und ehrgeizige Politiken im Bereich der Rüstung und der Raumfahrt abstecken müssen, die auf europäischer Ebene koordiniert und zusammengeführt werden müssen.

- **Ansprechpartner:** *Herr Nemesio Martinez*  
(Tel.: +32 2 546 95 01 – E-Mail: [nemesio.martinez@esc.eu.int](mailto:nemesio.martinez@esc.eu.int))

- ***Gemeinschaftspatentgericht / Zuständigkeit in Gemeinschaftspatentsachen***

- **Berichterstatter:** Herr RETUREAU (Arbeitnehmer – FR)
- **Referenz:** KOM(2003) 828 endg. – 2003/0324 – CESE 521/2004  
KOM(2003) 827 endg. – 2003/0326 – CESE 522/2004

- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss stellt fest, dass die in den beiden Mitteilungen der Kommission entwickelten Vorstellungen vorbehaltlich seiner Bemerkungen seine grundsätzliche Billigung finden. Er befürwortet nachdrücklich die Schaffung einer Gemeinschaftspatentgerichtsbarkeit als ein Schlüsselement des Gemeinschaftspatentsystems.

- **Ansprechpartner:** *Herr João Pereira dos Santos*  
(Tel.: +32 2 546 92 45 – E-Mail: [joao.pereiradossantos@esc.eu.int](mailto:joao.pereiradossantos@esc.eu.int))

#### **4. UMWELT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

- ***Chemische Stoffe (REACH)***

- **Berichterstatter:** Herr BRAGHIN (Arbeitgeber – IT)
- **Referenz:** KOM(2003) 644 endg. – 2003/0256 (COD) – 2003/0257 (COD) – CESE 524/2004

– **Kernpunkte:**

Der EWSA unterstützt zwar die Ziele und die Verwirklichung des REACH-Systems, hält es jedoch für erforderlich, dessen Durchführungsmodalitäten besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um zu vermeiden, dass diese sinnvolle Weiterentwicklung der Rechtsakte die Wettbewerbsfähigkeit oder das Wachstum der Industrie beeinträchtigt und folglich das Beschäftigungsproblem verschärft. Diese Anforderung, die auf dem Streben nach sozial, wirtschaftlich und ökologisch "nachhaltiger Entwicklung" beruht, muss bei diesem Vorschlag in konkreterer Form gestellt werden, da die verfügbare Folgenabschätzung kein nachweislich ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis gewährleistet.

Der EWSA begrüßt die von der Kommission bei der Erarbeitung des Vorschlags angewandte Methode der breiten Konsultierung und hofft, dass der Konsultationsprozess und die Einbeziehung der Betroffenen weitere Textverbesserungen erbringen, wobei es ihm insbesondere um Folgendes geht:

- die Vornahme jeder möglichen Änderung, die ohne Beeinträchtigung der zu erreichenden Ziele zur Vereinfachung der Verfahren und dadurch zu einer spürbaren Kostensenkung beitragen kann;
- die Erweiterung und Stärkung der Befugnisse der zu schaffenden Europäischen Agentur für chemische Stoffe (v.a. bei der Dossierbewertung und der Stoffbewertung nach Titel VI), um diese Agentur zum Dreh- und Angelpunkt des neuen Systems zu machen, mit engen und konstruktiven Verbindungen zu den zuständigen einzelstaatlichen Stellen;
- die Erstellung eines Unterstützungsplans, v.a. für KMU und nachgeschaltete Anwender, der die Anwendung der vom REACH-System vorgesehenen Vorschriften und die Schaffung von Konsortien oder ähnlichen Vereinigungen zu diesem Zweck erleichtern soll;
- die Entwicklung konkreterer, automatischer Instrumente zur Förderung der Innovation und zur Erforschung und Vermarktung neuer Stoffe.

Der EWSA hält es für erforderlich, sich politisch stark dafür einzusetzen, dass alle Weltregionen in die Diskussion über die vom REACH-System festgelegten und vorgesehenen Vorschriften einbezogen werden, damit sie deren Inhalte übernehmen, die ganz wesentlich sind für einen besseren Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer und der Bevölkerung, einen wirksameren Umweltschutz und nicht zuletzt den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Chemieindustrie.



Der EWSA begrüßt die Initiativen zur praktischen Erprobung und die Anwendungs-Pilotprojekte, die schon in einigen Mitgliedstaaten unter Einbeziehung der Regionalbehörden und aller Betroffenen ins Leben gerufen wurden, um eine Vereinfachung und konkretere Folgenabschätzung zu erreichen, sowie die von der Kommission und dem Europäischen Büro für chemische Stoffe zusammen mit den Betroffenen aufgenommene Erstellung branchenspezifischer technischer Leitfäden zur praktischen Umsetzung des REACH-Systems. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass sich alle europäischen Institutionen bei der Erarbeitung der definitiven Rechtsinstrumente die in dieser Zwischenphase gesammelten Erfahrungen zunutze machen sollten, und behält sich vor, eine ergänzende Stellungnahme zur Bewertung der Ergebnisse der laufenden Arbeiten abzugeben.

- **Ansprechpartner:** *Herr Robert Wright*  
(Tel.: +32 2 546 91 09 – E-Mail: robert.wright@esc.eu.int)

- **Öko-Design / Energiebetriebene Produkte**

- **Berichterstatter:** Herr PEZZINI (Arbeitgeber – IT)
- **Referenz:** KOM(2003) 453 endg. – 2003/0172 (COD) – CESE 505/2004
- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt die Aufnahme einer Umweltdimension in die Politik für die Unternehmen und ihrer Produkte als integrativen Bestandteil. Seiner Ansicht nach wäre es allerdings sinnvoll, das breite Spektrum bereits bestehender gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften zusammenzufassen und einen konsolidierten Rahmen zu schaffen. Er unterstützt auch die stärkere Verbreitung freiwilliger Branchenvereinbarungen und andere Instrumente. Genauer zu prüfen wäre auch die Frage, ob die Vorschläge den Erfordernissen der Verhältnismäßigkeit, der Subsidiarität, der Verwaltungsvereinfachung und der Wettbewerbsfähigkeit gerecht werden. Er weist darauf hin, dass zur konkreten Umsetzung des vorgeschlagenen Rahmens Durchführungsmaßnahmen unter alleiniger Zuhilfenahme des Ausschussverfahrens ("Komitologie") zu erlassen wären. Die Festlegung der Ökodesign-Anforderungen beinhaltet auch die Gefahr, dass die Innovationskräfte des Marktes behindert und der Wettbewerb zwischen den technischen Leistungen eingeschränkt werden könnte. Die Anwendbarkeit auf alle in der EU oder in Drittländern hergestellten Produkte muss sichergestellt werden. Schließlich weist der Ausschuss nachdrücklich auf die besondere Lage und die unterschiedlichen Charakteristiken bei den KMU (große Unterschiede in den Mitgliedstaaten, in einzelnen Sektoren) hin. Finanzielle oder steuerliche Anreize können dabei eine wichtige Rolle spielen.

- **Ansprechpartner:** *Herr Siegfried Jantscher*  
(Tel.: +32 2 546 82 87 – E-Mail: [siegfried.jantscher@esc.eu.int](mailto:siegfried.jantscher@esc.eu.int))

- **Angepasste Umwelttechnologien**

- **Berichterstatter:** Herr RIBBE (Verschiedene Interessen – DE)

- **Referenz:** Initiativstellungnahme – CESE 523/2004

- **Kernpunkte:**

Umwelttechnologien spielen bei der Reduzierung von Umweltbelastungen und im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle.

Zur Vermeidung von Fehlallokationen ist es wichtig, sehr genau darauf zu achten, dass jeweils die am besten an die jeweilige Situation angepasste Lösung zum Tragen kommt. Angepasste Lösungen mögen zwar teilweise einen höheren Planungsaufwand mit sich bringen, aber sowohl in der Investitions- als auch in der Betriebsphase können hohe Beträge eingespart und dauerhaft mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese eingesparten Mittel könnten sowohl die öffentlichen als auch die privaten Haushalte entlasten. Angepasste Umwelttechnologien sind somit ein Gebot der Stunde.

Angepasste Technologien sind in den Beitrittsländern ebenso wie in den jetzigen Mitgliedstaaten allerdings oft unbekannt und kommen viel zu selten zur Anwendung. Das liegt u.a. an massivem Mangel an Know-how und Unsicherheit darüber, ob mit alternativen Technologien auch wirklich die vorgeschriebenen Standards erreicht werden können.

Der EWSA empfiehlt der Kommission, sich dieses Problems im Rahmen der Durchführung des Aktionsplans zur Förderung von Umwelttechnologien intensiv anzunehmen. U.a. könnte durch die Schaffung von Kompetenzzentren für angepasste Technologien in den Beitrittsländern damit begonnen werden, die Informationsdefizite abzubauen.

Ein Teil der Fördermittel sollte in einen Fonds fließen, aus dem vornehmlich kleinere Maßnahmen finanziert werden. Der Kohäsionsfonds, der keine Projekte mit weniger als 10 Mio. € unterstützt, fördert angepasste Lösungen zu wenig. Bei Anträgen auf Förderung aus den Kohäsionsfonds wären Hinweise durch den Antragsteller hilfreich, die Auskunft darüber geben, warum gerade die beantragte Technologie ausgewählt wurde und welche Alternativen verworfen wurden.

- **Ansprechpartner:** *Herr Johannes Kind*  
(Tel.: +32 2 546 91 11 – E-Mail: [johannes.kind@esc.eu.int](mailto:johannes.kind@esc.eu.int))

- **Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung**
- **Berichterstellerin:** Frau SÀNCHEZ MIGUEL (Arbeitnehmer – ES)
- **Referenz:** KOM(2003) 550 endg. – 2003/0210 (COD) – CESE 509/2004
- **Ansprechpartner:** Herr Robert Wright  
(Tel.: +32 2 546 91 09 – E-Mail: [robert.wright@esc.eu.int](mailto:robert.wright@esc.eu.int))

## 5. **AGRARPRODUKTION UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG**

- **Genetische Ressourcen in der Landwirtschaft**
- **Berichtersteller:** Herr VOSS (Verschiedene Interessen – DE)
- **Referenz:** KOM(2003) 817 endg. – 2003/0321 (CNS) – CESE 514/2004
- **Ansprechpartner:** Herr Johannes Kind  
(Tel.: +32 2 546 91 11 – E-Mail: [johannes.kind@esc.eu.int](mailto:johannes.kind@esc.eu.int))

- **Maßnahmen im Bienenzuchtsektor**
- **Berichtersteller:** Herr CABALL i SUBIRANA (Verschiedene Interessen – ES)
- **Referenz:** KOM(2004) 30 endg. – 2003/0003 (CNS) – CESE 531/2004
- **Ansprechpartner:** Frau Eleonora Di Nicolantonio  
(Tel.: +32 2 546 94 54 – E-Mail: [leonora.dinicolantonio@esc.eu.int](mailto:leonora.dinicolantonio@esc.eu.int))

## 6. **LEBENSMITTELSICHERHEIT**

- **Zusatz von Vitaminen und Mineralien sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln**
- **Berichterstellerin:** Frau HEINISCH (Verschiedene Interessen – DE)
- **Referenz:** KOM(2003) 671 endg. – 2003/0262 (COD) – CESE 512/2004

- **Ansprechpartner:** *Frau Eleonora Di Nicolantonio*  
(Tel.: +32 2 546 94 54 – E-Mail: [eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int](mailto:eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int))

- **Richtlinie zur Aufhebung der Richtlinie 72/462/EWG**

- **Berichterstatter:** Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen – IE)

- **Referenz:** KOM(2004) 71 endg. – 2004/0022 (CNS) – CESE 526/2004

- **Ansprechpartner:** *Frau Katalin Gönczy*  
(Tel.: +32 2 546 98 18 – E-Mail: [katalin.gonczy@esc.eu.int](mailto:katalin.gonczy@esc.eu.int))

## 7. **BEZIEHUNGEN ZU NACHBARLÄNDERN**

- **Der Antrag Kroatiens auf Beitritt zur EU**

- **Berichterstatter:** Herr STRASSER (Verschiedene Interessen – AT)

- **Referenz:** Initiativstellungnahme – CESE 520/2004

- **Kernpunkte:**

Der EWSA anerkennt die großen Anstrengungen Kroatiens, die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu schaffen. In den vergangenen Jahren hat sich in Kroatien politisch und wirtschaftlich sehr viel verändert. Es gibt große Fortschritte im Demokratisierungsprozess. Die makroökonomischen Indikatoren haben sich erheblich verbessert, aber die hohe Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eines der großen sozialen und politischen Probleme.

In Kroatien gibt es mehr als 20.000 Nichtregierungsorganisationen. Am 16. Oktober 2003 wurde die "Nationale Stiftung zur Förderung der Zivilgesellschaft" eingerichtet, die es den Organisationen der Zivilgesellschaft ermöglicht, zur Unterstützung des zivilen Dialogs beizutragen.

Der EWSA betrachtet den 1999 gegründeten kroatischen Wirtschafts- und Sozialrat als eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der für den EU-Beitritt unverzichtbaren Reformmaßnahmen insbesondere im Justizwesen, beim Schutz der Minderheiten, bei der

Bekämpfung der Korruption und im Zusammenhang mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Der EWSA empfiehlt daher, die organisierte Zivilgesellschaft umfassend, und nicht nur einzelne Berufsverbände, in die notwendigen Entscheidungsprozesse einzubinden.

- **Ansprechpartner:** *Frau Georgine Willems*  
(Tel.: +32 2 546 94 71 – E-Mail: [georgine.willems@esc.eu.int](mailto:georgine.willems@esc.eu.int))

## 8. **SOZIALE DIMENSION DER KULTUR/BERUFLICHE BILDUNG**

### · ***Die soziale Dimension der Kultur***

- **Berichterstatter:** Herr LE SCORNET (Verschiedene Interessen – FR)
- **Referenz:** Befassung durch das EP – CESE 517/2004
- **Kernpunkte:**

Das Europäische Parlament und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben beschlossen, die Thematik "Die soziale Dimension der Kultur" zu einem gemeinsamen Thema zu machen, weil sie der Auffassung sind, dass Kultur und soziale Entwicklung in enger Wechselbeziehung stehen und dieses Beziehungsfeld zunehmend an Bedeutung für die europäische Integrationspolitik gewinnt.

Der Ausschuss hat bereits 1999 in einer Stellungnahme festgestellt: "Folgt man der - sehr weiten - Definition von Kultur als Orientierungssystem von Werten, die für die Mitglieder einer Gesellschaft relevant sind, dann strukturiert Kultur auch das Handlungsfeld der Zivilgesellschaft". Aus Sicht des Ausschusses räumt Kultur - begriffen als Prozess und gemeinsame Form des Denkens und Handelns -, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Schlüsselfunktionen ein. Das Projekt der europäischen Verfassung fußt nicht zuletzt auf dem Fundament gemeinsamer Wertvorstellungen, Ziele, Grundrechte und einem neuen Verständnis demokratischen Handelns. Diese Elemente bilden in ihrer Gesamtheit die Grundlagen eines europäischen Kulturverständnisses, dessen soziale Komponenten wie Solidarität, Toleranz, soziale Kohäsion, Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie soziale Integration grundlegend sind. Aus all dem ergibt sich die besondere Verantwortung des Europäischen Parlaments als demokratisches Vertretungsorgan der Bürger Europas und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses als institutioneller Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen für diesen Themenkomplex.

Mit dieser Stellungnahme konzentriert sich der Ausschuss auf drei Kernbereiche:

- eine neue "Kultur" der Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Handeln;
- die Auswirkungen der Veränderungen der Arbeitswelt auf Sozialstruktur und kulturelle Werte;
- eine neue Kultur der Demokratie.

Der Ausschuss schlägt vor, die Überlegungen zum Vorschlag des Europäischen Parlaments, eine europäische Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit einzurichten, gemeinsam mit der Kommission und dem Parlament fortzusetzen.

Er schlägt außerdem vor, die Ziele einer europäischen Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit, für deren Einrichtung er sich zusammen mit dem EP einsetzt, in einer Initiativstellungnahme exakt zu definieren.

- **Ansprechpartner:** *Frau Stefania Barbesta*  
(Tel.: +32 2 546 95 10 – E-Mail: [stefania.barbesta@esc.eu.int](mailto:stefania.barbesta@esc.eu.int))

· **CEDEFOP**

- **Berichterstatter:** Herr GREIF (Arbeitnehmer – AT)
- **Referenz:** KOM(2003) 854 endg. – 2003/0034 (CNS) – CESE 516/2004
- **Kernpunkte:**

Der EWSA begrüßt die meisten Änderungsvorschläge der Kommission, hält es jedoch für angebracht, zu einigen Punkten - wie im Folgenden angeführt - einige besondere Anmerkungen und Bedenken zu unterbreiten:

- Formalisierung bewährter Praktiken;
- Rolle der Europäischen Sozialpartner;
- Kooperation mit Instituten und Behörden;
- Verringerung der Sitzungen des Verwaltungsrates;
- Sicherstellung der Kontinuität der Partizipation;
- Zusammensetzung des Vorstandes;
- Rolle des Direktors und Position eines stellvertretenden Direktors;
- Festlegung mittelfristiger Prioritäten;
- ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen im Verwaltungsrat.

- **Ansprechpartner:** *Frau Stefania Barbesta*  
(Tel.: +32 2 546 95 10 – E-Mail: [stefania.barbesta@esc.eu.int](mailto:stefania.barbesta@esc.eu.int))

## 9. **BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK**

- ***Entsendung von Arbeitnehmern***
- **Berichterstatterin:** Frau LE NOUAIL MARLIÈRE (Arbeitnehmer – FR)
- **Referenz:** KOM(2003) 458 endg. – CESE 515/2004
- **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hält die Mitteilung für nützlich, aber nicht für ausreichend. Er fordert die Kommission auf, eine gründlichere Analyse vorzunehmen, vor allem im Hinblick auf unlautere Geschäftspraktiken und Sozialdumping, die aus missbräuchlich genutzten Entsendungen entstehen können. Der EWSA fordert die Kommission ferner zu Konsultationen der richtigen Zielpersonen für die Durchführung in den einzelnen Sektoren auf, vor allem im Bausektor, in dem die Sozialpartner noch nicht konsultiert wurden.

Angesichts der Unzulänglichkeiten der Mitteilung fordert der Ausschuss die Kommission auf, einen neuen Bericht vorzulegen, der folgende Feststellungen ermöglicht:

- Besteht eine wirkliche Transparenz der Rechte?
- Sind die Rechte der Arbeitnehmer gewährleistet?
- Wird die Mobilität der Arbeitnehmer durch die Anwendung der sich aus der Umsetzung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten ergebenden Bestimmungen mit Blick auf die Risiken einer protektionistischen Abschottung des Arbeitsmarkts eingeschränkt oder gefördert?
- Werden Wettbewerbsverzerrungen im Hinblick auf den freien Dienstleistungsverkehr vermieden?
- Haben kleine Unternehmen ordnungsgemäßen und ausreichenden Zugang zu den für die Durchführung der umgesetzten Richtlinie erforderlichen Informationen?

Ferner empfiehlt der Ausschuss:

- eine eingehendere Analyse in Richtung der wirtschaftlichen und sozialen Akteure,
- eine Prüfung, wie die Information der Arbeitnehmer und der Unternehmen verbessert werden kann,
- die Förderung von Netzwerken lokaler, regionaler oder grenzübergreifender Verbindungsbüros,

- eine Bestandsaufnahme bewährter Praktiken beim Austausch von Informationen sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber,
  - eine juristische Bewertung der Vorschriften, um zu prüfen, ob der Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten sowie die Informationen über die geltenden Tarifverträge vor dem Hintergrund der Erweiterung verständlich und zugänglich genug und aktuell sind.
- **Ansprechpartner:** *Herr Alan Hick*  
(Tel.: +32 2 546 93 02 – E-Mail: [alan.hick@esc.eu.int](mailto:alan.hick@esc.eu.int))

## 10. INDUSTRIELLER WANDEL

- ***Die wirtschaftliche Diversifizierung in den Beitrittsstaaten – die Rolle der KMU und der sozialwirtschaftlichen Unternehmen***
- **Berichterstellerin:** Frau FUSCO (Verschiedene Interessen – IT)
- **Ko-Berichtersteller:** Herr GLORIEUX (CCMI-Delegierter)
- **Referenz:** Initiativstellungnahme – CESE 528/2004
- **Kernpunkte:**

Diese Stellungnahme ist ein Beitrag zur Debatte über die Auswirkungen der Erweiterung, insbesondere hinsichtlich der Rolle, die die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und die sozialwirtschaftlichen Unternehmen bei der wirtschaftlichen Diversifizierung (und deren sozialen Folgen) in den Beitrittsländern spielen, sowie im Hinblick auf ihre volle Integration in den Binnenmarkt. Der Ausschuss räumt ein, dass sich Erfolg und Effizienz der KMU und der sozialwirtschaftlichen Unternehmen nicht von selbst einstellen und nicht allein von ihnen abhängen. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Industriepolitik in einem erweiterten Europa dem Bedarf und den Problemen der KMU und der sozialwirtschaftlichen Unternehmen in den Beitrittsländern viel effizienter Rechnung tragen muss.

- **Ansprechpartner:** *Herr Miguel Colera*  
(Tel.: +32 2 546 96 29 – E-Mail: [josemiguel.colerarodriguez@esc.eu.int](mailto:josemiguel.colerarodriguez@esc.eu.int))



## 11. VERKEHR UND STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT

### · *Frontschutzbügel an Kfz*

– **Berichterstatter:** Herr RANOCCHIARI (Arbeitgeber – IT)

– **Referenz:** KOM(2003) 586 endg. – 2003/0226 (COD) – CESE 503/2004

– **Ansprechpartner:** *Frau Aleksandra Klenke*

(Tel.: +32 2 546 98 99 – E-Mail: [aleksandra.klenke@esc.eu.int](mailto:aleksandra.klenke@esc.eu.int))

### · *Informationstechnologien für sichere Fahrzeuge*

– **Berichterstatter:** Herr RANOCCHIARI (Arbeitgeber – IT)

– **Referenz:** KOM(2003) 542 endg. – CESE 506/2004

– **Ansprechpartner:** *Herr Raffaele Del Fiore*

(Tel.: +32 2 546 97 94 – E-Mail: [raffaele.delfiore@esc.eu.int](mailto:raffaele.delfiore@esc.eu.int))

### · *Führerschein*

– **Berichterstatter:** Herr SIMONS (Arbeitgeber – NL)

– **Referenz:** KOM(2003) 621 endg. – 2003/0252 (COD) – CESE 507/2004

– **Ansprechpartner:** *Herr Luis Lobo*

(Tel.: +32 2 546 97 17 – E-Mail : [luis.lobo@esc.eu.int](mailto:luis.lobo@esc.eu.int))

## 12. KODIFIZIERUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN RECHTS- VORSCHRIFTEN

### · *Kodifizierung/Mindestvorräte an Erdöl*

– **Berichterstatter:** Herr WILKINSON (Arbeitgeber – UK)

– **Referenz:** KOM(2004) 35 endg. – 2004/0004 (COD) – CESE 508/2004

– **Ansprechpartner:** *Herr Siegfried Jantscher*

(Tel.: +32 2 546 82 87 – E-Mail: [siegfried.jantscher@esc.eu.int](mailto:siegfried.jantscher@esc.eu.int))

- ***Abfälle (kodifizierte Fassung)***
  - **Berichterstatter:** Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen – IE)
  - **Referenz:** KOM(2003) 731 endg. – 2003/0283 (COD) – CESE 513/2004
  - **Ansprechpartner:** *Herr Robert Wright*  
(*Tel.: +32 2 546 91 09 – E-Mail: robert.wright@esc.eu.int*)
-